

# Argumente für Bonn

Infobrief der SPD-Fraktion  
Ausgabe 1/2011

## Bürgerbeteiligung? – So nicht! Warum wir "Bonn-packts-an" für den falschen Weg halten.

**Echte Bürgerbeteiligung braucht realisierbare Vorschläge und klar umrissene Fragen**

**Bürgerbeteiligung ist uns sehr wichtig. Gerade, wenn es um den Haushalt und um Sparmaßnahmen geht. Auch Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch hat mit dem Ziel „Mehr Bürgerbeteiligung!“ seinen Wahlkampf bestritten und gewonnen. Mehr Bürgerbeteiligung führt zu mehr Transparenz und ist Voraussetzung für den Abbau von Unzufriedenheit, Missrauen und Politikverdrossenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern!**

### **Bürgerbeteiligung sollte:**

- ➔ Alle Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.
- ➔ Einen niedrigschwelligen Zugang aufweisen.
- ➔ Klar umrissene, verständliche Fragen stellen.
- ➔ Eindeutige Antworten ermöglichen.
- ➔ Umsetzbare Ergebnisse erbringen.

Eine Vollbefragung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Landtagswahl 2010 – das war die ursprüngliche Idee von Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch

und der SPD. Mit Stift und Papier sollte dabei über eine Auswahl von Sparvorschlägen abgestimmt werden. Diese Befragung hätte ohne allzu großen Aufwand eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern – nämlich alle Wähler – erreicht.

Das Projekt wurde von Schwarz-Grün abgelehnt. Im Sommer 2010 wurde dann die Entwicklung einer internetbasierten Bürgerbeteiligung beschlossen. Im Verlauf der Entwicklung der Internet-Plattform gab es wiederholt Kursänderungen. Dieses Vorgehen verlief unter dem Titel „Lernprozess“.

### **Die Online Plattform „Bonn-packts-an“**

#### **Unsere Kritik:**

- ➔ Das **Portal insgesamt** kann aufgrund seiner Komplexität nur von fortgeschrittenen Internetnutzern problemlos benutzt werden.
- ➔ Der **Zugang** zum Portal ist nicht beschränkt; auch Nicht-Bonnerinnen und -Bonner

können sich einloggen und damit darüber abstimmen, an welchen Ecken in unserer Stadt gespart wird. Der Manipulation durch mehrfache Stimmabgabe steht nichts im Weg.

- ➔ Die **Sparvorschläge der Verwaltung** bestehen aus einer Darstellung fast aller freiwilligen Leistungen der Stadt, zum Teil in Leistungspaketen zu 50.000 Euro zusammengefasst. Ihre Auswahl ist wenig transparent zustande gekommen, die zugehörigen Erläuterungen sind meist lang und fachwortreich und daher nicht immer verständlich.
- ➔ Die **Bewertung** eines Sparvorschlags ist für Laien oft schwierig, ganz besonders, wenn es darum geht, über eine Kommentierungsfunktion in ganzen Leistungsbereichen zwischen Einspargrößen von 5%, 10% oder 15% zu entscheiden.
- ➔ Offizielles **Sparziel** ist der „strukturelle Haushaltsausgleich“ 2015. Die entsprechenden Zahlen zu erreichen würde bedeuten, dass fast alle freiwilligen städtischen

Leistungen vollständig abgeschafft werden müssten - ein illusorischer und unerwünschter Kahlschlag.

- Die Möglichkeit, **Bürger-sparvorschläge** einzureichen, ist eigentlich ein gutes Element von Beteiligung. Ihre finanzielle Wertigkeit bleibt aber so lange unbekannt, bis die Verwaltung diese berechnet hat. Das bedeutet,

dass Bürgerinnen und Bürger bis dahin über völlig unklare Spardimensionen abstimmen und diese kommentieren.

- Die **Kosten der Plattform** werden zurzeit mit etwa 90.000 Euro angegeben. Genauere Zahlen sind noch zu erheben. Wir nähern uns den Kosten der Bürgerbefragung auf dem Postweg.

**Insgesamt ist das Verfahren nicht repräsentativ, benachteiligt Bürgerinnen und Bürger ohne Internet- oder Beteiligungserfahrung und ist vor Manipulation durch Mehrfachanmeldung nicht geschützt. Auch die Verbindlichkeit der Ergebnisse für politisches Handeln ist völlig ungeklärt. Enttäuschungen sind vorprogrammiert.**